

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
152 · Ausgabe AG · März 2015

SP

EDITORIAL

Geschenkt wird nichts

Seit der Finanzkrise 2008 fallen die neo-liberalen Dogmen eines nach dem anderen wie Kartenhäuser in sich zusammen. Neustes Kapitel: die «unabhängige Nationalbank». Die Aufhebung des Mindestkurses zeigt vor allem eines: Die Nationalbank mag von den politischen Institutionen unabhängig sein, sie ist aber dem Druck der Spekulanten und des Bankenplatzes direkt ausgeliefert. Anders lässt sich die Aufhebung des Mindestkurses zum jetzigen Zeitpunkt kaum erklären. Den Beweis, dass der Kurs inzwischen «unhaltbar» geworden sei, kann auch SNB-Präsident Jordan bisher nicht überzeugend erbringen. Viel näher liegt die Vermutung, dass eine Kombination aus Druck der Spekulanten und ideologischem Tunnelblick die Entscheidung beschleunigt hat. Dagegen hilft tatsächlich keine Geldpolitik, sondern nur noch ein Tabubruch: Die Einschränkung der unbremsten Spekulation muss wieder zum politischen Traktandum werden. Zum Beispiel in der Form einer Finanztransaktionssteuer. Das regulierungsfreie «Off-Shore»-Modell Schweiz ist offensichtlich an seine Grenzen gekommen. Als reine Insel für Schwarzgeld und Steuerdumping lässt sich langfristig keine Volkswirtschaft halten. Wir brauchen endlich eine öffentliche Wirtschaftspolitik, die die Realwirtschaft und die Förderung der Kaufkraft ins Zentrum stellt, und nicht die Steuersenkungsphantasien der obersten Zehntausend. Das Wahljahr 2015 erhält damit zusätzliche Brisanz: Es liegt jetzt an uns, die Menschen zu überzeugen.

Cédric Wermuth von Baden ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Kanton Aargau. Er kandidiert im Oktober wieder für den Nationalrat.

FOLGEN DES NATIONALBANKBESCHLUSSES VOM 30. JANUAR 2015

Wir bezahlen eure Krise nicht!

DIE SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK (SNB) ENTSCHEIDET VON EINEM TAG AUF DEN ANDEREN, DEN SCHWEIZER FRANKEN NICHT MEHR BEI EINEM KURS VON 1.20 FRANKEN/EURO ZU STÜTZEN. DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE SCHWEIZ UND INSBESONDERE AUF DEN AARGAU SIND GRAVIEREND. DER ENTSCHEID DER NATIONALBANK IST AUCH EINE KAPITULATION VOR DEN SPEKULANTEN. UND NUN SOLLEN DIE ARBEITNEHMENDEN DIE ZECH BEZAHLEN? DAS KOMMT GAR NICHT IN FRAGE.



Kurt Emmenegger von Baden ist Präsident des Aargauischen Gewerkschaftsbundes und SP-Grossrat.

Arbeitsplatzabbau und weitere Angriffe auf Lohn- und Arbeitsbedingungen drohen

Auf einen Schlag wird die Schweiz für das Ausland um 20 Prozent teurer. Das ist ein massiver Konkurrenznachteil für die exportorientierte Industrie. Wobei hier zu differenzieren ist: Für Hightech- oder hochentwickelte Nischen-Produkte werden die Auswirkungen gering sein. Hingegen werden die Zulieferbetriebe für die Auto-, Flugzeug- und weitere Industrien sehr stark unter Druck kommen. Konkret im Aargau: Die Pharmaindustrie im Fricktal wird den teuren Franken kaum spüren, auch ABB und Alstom werden eher nicht tangiert. Da spielen staatliche Sparprogramme eine viel entscheidendere negative Rolle. Hingegen wird ein guter Teil der über 300 Betriebe in der Ma-

schinenindustrie mit gegen 50000 Beschäftigten, nämlich die exportorientierten Zulieferbetriebe, voll getroffen.

Und was machen die Unternehmen? Statt der Nationalbank für ihren Fehlentscheid die Türen einzurennen, wollen sie nun die Arbeitnehmenden zur Kasse bitten. Für die Gewerkschaften ist aber klar: Es gibt keine andere Massnahme, die kurzfristig für die Wirtschaft so wirksam ist wie ein Mindestkurs. Die Nationalbank kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Sie muss ihre Hausaufgaben machen und den Schweizer Franken wieder verteidigen. Hier ist auch die Regierung gefordert, drohen doch bei einer rezessiven Entwicklung auch massive Steuerausfälle. Die Antworten der Unternehmen, Lohnkürzungen, Eurolöhne, Arbeitszeiterhöhung, sind völlig untauglich. Darum: Hände weg von unseren Löhnen! Das Dümme, was der Schweizer Wirtschaft noch passieren könnte, wären Lohnkürzungen. Sie sind Gift für die Nachfrage im Inland, die bisher die Konjunktur gestützt hat.

Wenn die Löhne sinken und die Teuerung ins Negative abrutscht, geraten wir in eine Deflation. Lohnkürzungen wären also der Versuch, einen Brand mit Benzin zu löschen.

Eurolöhne = Lohndumping

Bezahlen Unternehmen den Grenzgänger/innen Löhne in Euro, werden diese für die Unternehmen viel günstiger als die in der Schweiz wohnhaften Mitarbeitenden. Das bedeutet, dass auch die in der Schweiz wohnhaften Arbeitnehmenden unter Druck gesetzt werden, Lohnsenkungen zu akzeptieren. Oder es droht ihnen, durch billigere Grenzgänger/innen ersetzt zu werden. Wer Eurolöhne fordert, der wird massives Lohndumping ernten. Abgesehen davon ist dies auch illegal.

Keine Arbeitszeiterhöhung

Bereits heute zählt die Arbeitszeit in der Schweiz zu den höchsten in ganz Europa. Eine Erhöhung der Arbeitszeit führt auch kaum zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, aber sehr wohl zu höherer Arbeitslosigkeit.

KOMMENTAR



Nein zum Wolf im Schafspelz!

Zwei Vorlagen, über die wir am 8. März entscheiden, verlangen ein besonderes Augenmerk: Beide erinnern mich mit ihren harmlosen, ja gar verlockenden Titeln an den Wolf im Schafspelz. Gleichzeitig führen uns die zwei Projekte vor Augen, welch schädliche Langzeitfolgen unangebrachte Steuergeschenke haben können.

Einerseits stimmen wir über die nationale CVP-Initiative zur sogenannten Stärkung der Familien ab. Welche Familien werden mit ihr entlastet? Der Vorwurf, es ginge dabei um eine Unterstützung nach dem Giesskannenprinzip, greift viel zu kurz. SP-Ständerat Roberto Zanetti brachte es als Kommissionssprecher auf den Punkt, als er sagte: «Hier wird sogar mit dem Gartenschlauch in den Swimmingpool gespritzt – also genau dorthin, wo es schlicht und einfach nicht nötig ist.» Tatsächlich würden mit der Initiative absurderweise nur wohlhabende Familien entlastet. Zudem hätte gemäss Botschaft des Bundesrates die CVP-Familieninitiative Mindereinnahmen von schweizweit 1 Milliarde Franken zur Folge. 60 Millionen Franken würden der öffentlichen Hand alleine im Aargau fehlen und den Kanton und die Gemeinden erheblich belasten. Was die Folgen einer solch fehlgeleiteten Finanzpolitik sein können, zeigt andererseits die zweite Vorlage: die kantonale «Leistungsanalyse», die einen Kahlschlag in den Bereichen Bildung, Kultur und Umwelt bewirken würde. Solche Sparmassnahmen treffen vor allem Familien und Personen mit kleinen und mittleren Einkommen. Wer mittelständische Familien unterstützen will, setzt auf Gutschriften statt auf weitere Steuerabzüge – und lässt sich vor allem nicht von verfänglichen Titeln blenden.

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen ist SP-Ständerätin. Sie kandidiert im Oktober wieder für den Ständerat.



7. März 2015:
Alle nach Bern!

Lohngleichheit jetzt!

Keine Erhöhung
des Frauenrentenalters!

Lohngleichheit jetzt!

«BITTE ZAHLEN SIE PRO JAHR 20 PROZENT IHRES LOHNS AN IHREN ARBEITGEBER ZURÜCK. BESCHWEREN SIE SICH NICHT – SIE HABEN DAS FALSCHES GESCHLECHT.» DIESE FORDERUNG IST SO ABSURD, DASS SIE NICHT EINMAL DEM PRÄSIDENTEN DES GEWERBEVERBANDS IN DEN SINN KOMMEN WÜRDEN. ABER GENAU DIESER BETRAG FEHLT DEN ARBEITENDEN FRAUEN HEUTE IM PORTEMONNAIE. JAHR FÜR JAHR. BIS ANS LEBENSENDE.



Viviane Hösli von Zofingen ist SP-Grossrätin und Präsidentin der SP Frauen Aargau. Sie kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Anfangs 2009 startete der Lohngleichheitsdialog Logib, ein Projekt der Sozialpartner und des Bundes. Alle Schweizer Unternehmen mit mehr als 50 Angestellten konnten kostenlos daran teilnehmen. Nach fünf Jahren, Ende Februar 2014, wurde dieser Lohngleichheitsdialog beendet. Die Resonanz in der Privatwirtschaft war ernüchternd. Das (bescheidene) Ziel von mindestens 100 teilnehmenden Unternehmen bis 2014 wurde bei weitem nicht erreicht. Von 7000 in Frage kommenden Unternehmen haben sich gerade 51 Arbeitgeber dieser freiwilligen Überprüfung unterzogen, darunter viele Staatsbetriebe und staatsnahe Firmen sowie Verbände und Gewerkschaften. Sieht man von diesen Unternehmen ab, sind es rund 20 Firmen aus der Privatwirtschaft, die ihre Lohngleichheit überprüft haben. Wenig überraschend kommt der Bundesrat darum in zwei Studien zum Thema Lohngleichheit Ende 2014 zum Schluss, dass freiwillige Lösungen allein nicht zum Ziel führen und es zur Verwirklichung des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf gleichen Lohn zusätzliche staatliche Massnahmen braucht. Konkret: Der freiwillige Weg ist gescheitert. Jetzt

braucht es staatliche Kontrollen. Der Bundesrat sieht nun vor, dass alle Betriebe mit mehr als fünfzig Angestellten regelmässig belegen müssen, dass sie die Lohngleichheit einhalten. Die Arbeitgeber mit FDP und SVP haben bereits massiven Widerstand angekündigt. Die gesetzliche Grundlage geht im Sommer in die Vernehmlassung.

Am 7. März wollen wir ein starkes Zeichen setzen: Es ist höchste Zeit, vorwärts zu machen und den Verfassungsgrundsatz «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» nach 33 Jahren endlich umzusetzen. Denn nachdem sich die Differenz in den letzten Jahren immer wieder leicht verringerte, hat sich das Lohngefälle nun erstmals wieder vergrößert. Und weil Frauen im Erwerbsleben weniger verdienen, erhalten sie auch eine kleinere Rente im Alter.

Die Frauen haben lange genug gewartet, jetzt muss es vorwärts gehen mit der Lohngleichheit. Unsere zentrale Forderung lautet: Keine Erhöhung des Frauenrentenalters ohne Lohngleichheit! Um dies zu bekräftigen, gehen wir am 7. März vereint auf die Strasse: Männer und Frauen, Junge und Alte. Wir müssen zusammenstehen, um diese Ungerechtigkeit zu beenden. Kommst du auch?

Am 7. März 2015 um 13.30 Uhr Schützenmatte in Bern mit Kundgebung auf dem Bundesplatz Bern. Die Fahrt im Extrazug ist kostenlos.
Baden ab: 11.36 Uhr
Aarau ab: 12.00 Uhr
Olten ab: 12.11 Uhr



der Schwindel- Kultur

AM 7. OKTOBER 2012 VERÖFFENTLICHTE DIE SONNTAGSZEITUNG EINE AKTENNOTIZ DER NAGRA MIT EINER REIHE VON FOLIEN, DIE DEN ABLAUF DER STANDORTWAHL UND DIE EINENGUNGSETAPPEN ZEIGTE. ES ENTZÜNDETE SICH DARAUFHIN EINE DEBATTE, OB DIE STANDORTE WEINLAND UND BÖZBERG BEREITS VORSELEKTIONIERT WORDEN SEIEN. WÄHREND DAS BUNDESAMT FÜR ENERGIE UND OFFIZIELLE STELLEN PARTEI FÜR DIE NAGRA ERGRIFFEN, ÄUSSERTEN VIELE FACHLEUTE ZWEIFEL AN DIESER DARSTELLUNG.

Von der Geologie wie auch der Logistik her gesehen gibt es gute Gründe, warum Weinland und Bözberg im Vordergrund des Interesses stehen. Im Weinland liegt der als Wirtgestein vorgesehene Opalinuston flach geneigt und wenig gestört im Untergrund und scheint den Vorgaben für einen sicheren Standort zu entsprechen, wenn man von den eiszeitlichen Eintiefungen im Fels absieht, welche das Projekt noch zum Kippen bringen könnten. Im Bözberg ist die Geologie bestimmt weniger günstig. Aber der Bözberg liegt von der Logistik her gesehen vorteilhafter, denn schwach- und mittelaktive Abfälle könnten direkt vom unterem Aaretal her via Rampe in ein Endlager gefahren werden.

Warum also die Aufregung wegen der am 30. Januar 2015 bekanntgegebenen Einengungsvorschläge, wenn die beiden Standorte doch interessante Voraussetzungen zu erfüllen scheinen? Aus einem einfachen Grund: Das Standortsuchverfahren war und ist nicht ergebnisoffen, wie von der Nagra und den zuständigen Bundesbehörden versichert wird. Zu erkennen ist dies vor allem beim Standort Weinland. Im sogenannten Entsorgungsnachweis für hochaktive Abfälle beantragte die Nagra beim Bundesrat schon 2002 die alleinige Einengung auf das Zürcher Weinland. Alle darauffolgenden Arbeiten und Entscheidungsfokussierten auf diesen Standort. Ähnlich ist die Situation beim Bözberg. Auch dieser Standort stand seit je im Fokus der Nagra, umso mehr die Akzeptanz im unteren Aaretal auch für ein Endlager für radioaktive

Abfälle deutlich höher scheint als anderswo. Ein Projekt, das Tausende und Abertausende Generationen mit einbindet und das auf eine Sicherheit von einer Million Jahre ausgelegt wird, darf und kann sich solche Manipulationen einfach nicht leisten. Man kann nicht gleichzeitig ein ergebnisoffenes Verfahren versprechen und den Prozess aus dem Hintergrund auf ein bestimmtes Ziel hinsteuern, das in unserem Fall vor allem «Zürcher Weinland» heisst. Beginnt man einmal mit solchen Täuschungen, entwickelt sich eine Kultur der Irreführung und des Schwindelns, die auch vor wissenschaftlichen Fragen und Abklärungen nicht Halt machen wird. Einer solchen Schwindel-Kultur gilt es mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten.

Wir stehen heute wieder an einem Punkt, an dem zentrale Anliegen der Gesellschaft nach Sicherheit betroffen sind. Lösungen für ein in der Tragweite und Dauer unvorstellbares «Entsorgungs»-Projekt sind zweifellos notwendig. Wir müssen aus Respekt vor unseren Nachfahren darum auch vorwärts machen beim Einstieg in den langsam sichtbar werdenden Wahnsinn eines Abertausende von Generationen umfassenden Abenteuers. Und gleichzeitig auch den Ausstieg aus einer unvorstellbar gefährlichen Technologie sicherstellen.

Der Geologe und Entsorgungsspezialist Marcos Buser führt das Institut für nachhaltige Abfallwirtschaft INA GmbH in Zürich. Zur Zeit erarbeitet er ein Gutachten zur Atommüllentsorgung im Auftrag der betroffenen Kantone.

KOMMENTAR



Kein Atommüll im Bözberg!

Im Oktober 2012 erfuhren wir alle von einem Geheimpapier der Nagra. Überrascht und schockiert lasen wir darin, dass die Wahl der Atommüllendlager-Standorte schon sehr weit fortgeschritten war. Ausgewählt waren zwei Standorte, der Bözberg für schwach- und mittelaktive Abfälle und das Zürcher Weinland für hochaktive Abfälle. Die Nagra beschwichtigte damals, dieses Papier sei keineswegs eine Vorentscheidung, sondern nur ein mögliches Szenario. Knapp zweieinhalb Jahre später zeigt sich nun, dass das Szenario doch eine Vorentscheidung war.

Die für die Mitwirkung der Bevölkerung gegründeten Regionalkonferenzen zeigten sich im Nachhinein als Alibi-Übung. Leider gibt es bei diesen Konferenzen keinerlei Mitbestimmung, es wird lediglich informiert. Die Bözberg-Gemeinden stellen sich zwar gegen das Endlager, aber ein breiter Widerstand aus der Bevölkerung wie beim Wellenberg im Kanton Nidwalden in den 90ern existiert noch nicht. Der Verein KAIB mit rund 600 Mitgliedern ist erst der Anfang. Wir Aargauer und Aargauerinnen müssen nun endlich zeigen, dass wir genug davon haben, Atom-, Autobahn- und Sondermüllkanton zu sein! Schon mit der Sondermülldeponie in Kölliken war der Kanton ein Versuchskaninchen, und heute sehen wir das Resultat.

Ende Januar wurde nun der definitive Entscheid für den Vorschlag an den Bundesrat gefällt. Auch der Regierungsrat des Kantons Aargau ist empört über das Resultat. Die Bevölkerung hat keinerlei Mitspracherecht, eine Volksabstimmung ist noch in weiter Ferne. Wir brauchen im Aargau eine breite Bewegung gegen ein solches aus geologischen Gründen ungeeignetes Atommülllager!

David Hunziker von Brugg ist SP-Einwohnerat, Vorstandsmitglied der JUSO Aargau und des KAIB (Kein Atommüll im Bözberg, www.kaib.ch). Er kandidiert auf der JUSO-Liste für den Nationalrat.

800. Mahnwache zum vierten Jahrestag von **FUKUSHIMA** vor dem ENSI am 11. März 2015

Treffpunkt am Mittwoch 11. März direkt beim Bahnhof SBB (Südausgang) in Brugg AG, bei der Bushaltestelle.

Ab 16 Uhr: Mahnwache vor dem ENSI;
ca. 17 Uhr: Dislozierung (200 Meter)
zum Campusplatz; Alphornmusik, kurze
Ansprachen auf Deutsch und Französisch
18 Uhr: Schluss der Mahnwache



KOMMENTAR



Energiestrategie des Bundes 2050

Eine der wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts heisst: Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Wir alle kennen Stichworte dazu: Tschernobyl, Fukushima, Klimawandel. Doch handeln wir auch danach? Wir leben heute so, als hätten wir eine zweite Erde in Reserve. Machen wir vorwärts und vergessen wir nicht: Die Energiewende ist eine Chance für eine nachhaltigere Zukunft. Wir müssen unsere Abhängigkeit vom umweltschädlichen Öl aus politisch instabilen Regionen reduzieren und die risikobelastete Atomtechnologie ersetzen. Nutzen wir dazu neue Innovationen im Bereich energieeffizienterer Anlagen, Geräte und Fahrzeuge und investieren wir in einheimische erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Wasser. Die Energiestrategie 2050 des Bundes weist in diese Richtung. Sie enthält:

1. Massnahmen im Bereich Energieeffizienz
2. Massnahmen im Bereich erneuerbare Energien
3. Massnahmen im Bereich Stromnetze
4. Verbot von Rahmenbewilligungsgesuchen für Kernkraftwerke
5. Verbot der Wiederverarbeitung abgebrannter Brennelemente
6. Unterstützend: Pilot- und Leuchtturmprojekte des Bundes

Wir können wählen, wofür wir zahlen, aber keine Variante ist gratis: Zahlen wir für hohe Ölabhängigkeit, für atomare Risiken, für Umwelt- und Klimaschäden? Oder: Zahlen wir für den Aufbau einer Energieversorgung und Mobilität mit Erneuerbarem? Das heisst: Reduktion der Abhängigkeit und der Risiken, Zukunftsjobs, weniger Klimaschäden, langfristig tiefere Kosten und dadurch einen volkswirtschaftlichen Wettbewerbsvorteil.

Max Chopard-Acklin von Nussbaumen ist als SP-Nationalrat Mitglied der Umwelt- Raumplanungs- und Energiekommission UREK.

SP-BEHÖRDENTAGUNG VOM 28.3. ZUR ENERGIESTRATEGIE

Gemeinden und Energie

BEI DER UMSETZUNG DER ENERGIESTRATEGIE 2050 NEHMEN DIE GEMEINDEN EINE SCHLÜSSELFUNKTION EIN.

Damit Gemeinden diese Rolle wahrnehmen können, gibt es im Rahmen des Programms EnergieSchweiz sowie auf kantonaler Ebene verschiedene Projekte und Massnahmen, die die Gemeinden bei der Umsetzung unterstützen.

Das Label «Energistadt»

Das Label «Energistadt» ist ein Leistungsausweis für Gemeinden, die eine nachhaltige kommunale Energiepolitik vorleben und umsetzen. Energiestädte fördern erneuerbare Energien, umweltverträgliche Mobilität und setzen auf eine effiziente Nutzung der Ressourcen. So schaffen Gemeinden ein gutes Klima. «Energistadt» ist ein Programm von EnergieSchweiz* und ein Paradebeispiel dafür, wie mit verantwortungsvollem Handeln die Lebensqualität gesteigert und das Klima geschont wird. Das Label ist Auszeichnung für eine konsequente und ergebnisorientierte Energiepolitik. Behörden, Unternehmer und Bevölkerung ziehen am gleichen Strang.

Angebote für Kleingemeinden

Das Label «Energistadt» ist unter Umständen für kleine Gemeinden schwierig zu erreichen beziehungsweise regelmässig zu erneuern. EnergieSchweiz hat deshalb für Kleingemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern ein Angebot geschaffen, das diesen den Zugang zu energiepolitischen Themen erleichtern soll.

Fünf den speziellen Gegebenheiten in Kleingemeinden angepasste Produkte bauen auf der Erfahrung mit dem Projekt «Energistadt» auf. Sie klären Bedürfnisse und Möglichkeiten ab und sollen im jeweiligen Bereich einfache und umsetzbare Massnahmen vorschlagen. Der Gemeinde-Energie-Check ermöglicht eine erste Beurteilung der wichtigsten energiepolitischen Kennwerte und bildet die Grundlage für Massnahmen. Für die einzelnen Gemeinden stehen «Energistadt»-Berater_innen für ein kostenloses Beratungsgespräch zur Verfügung.

energieberatungAARGAU

Die energieberatungAARGAU unterstützt neben privaten Bauherrschaften auch die Gemeinden bei Energiefragen. In den einzelnen Regionen stehen den Gemeinden sogenannte Gemeindeberater zur Verfügung.

Diese unterstützen die Gemeinden bei Energiefragen, wie zum Beispiel zu gemeindeeigenen Liegenschaften, Bau- und Nutzungsordnung oder Zonenplänen. Die Gemeindeberater_innen betreiben Öffentlichkeitsarbeit in Ihrer Region. Sie sind Ansprechpartner für Veranstaltungen sowie Aus- und Weiterbildungen zu Themen rund um die Energie.

Veranstaltung 28. März 2015

Die Veranstaltung soll Behörden- und Kommissionsmitgliedern die einzelnen Projekte der öffentlichen Hand und Unterstützungsmöglichkeiten vorstellen sowie Anreize zur Umsetzung schaffen.

Herbert Mösch von Gipf-Oberfrick ist Energie-Ingenieur.

Quellen: www.energiestadt.ch und www.ag.ch/energie

* «EnergieSchweiz wird operativ vom Bundesamt für Energie geleitet und spielt eine zentrale Rolle in der Energiestrategie 2050. EnergieSchweiz finanziert und begleitet Projekte von Partnern aus dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft, die die Massnahmen gemäss dem «Detailkonzept EnergieSchweiz 2013–2020» unterstützen.» (Homepage.energieschweiz.ch)



Einladung zur 2. kommunalpolitischen Tagung: „Die Energiewende in meiner Gemeinde umsetzen“

Exekutivmitglieder und Einwohnerrät_innen leisten wertvolle und wichtige Arbeit. Die SP Aargau will vermehrt Kontakt und Austausch pflegen. Wir starten zur zweiten gemeinsamen Tagung und freuen uns über viele interessierte Teilnehmende.

Samstag, 28. März 2015, 08.30-13.00Uhr
im Otto-Kälin Saal, Grossratsgebäude Aarau

Programm:

Ab 08.30h Eintreffen bei Kaffee und Gipfeli im Rathauskeller
09.00h Beginn der Veranstaltung mit folgenden Referent_innen:

Energiepolitik:

-Herbert Mösch, Nova Energie GmbH
„Herausforderungen und Rolle der Gemeinden im Bezug auf die Energiewende“

-Rolf Kern, Mitglied Energie- und Umweltkommission Zeihen
„Energiepolitik aus Sicht kleiner Gemeinden“

-Gabriela Suter, Einwohnerrätin Aarau, Mitglied Vorstand Energiestadt Aarau konkret
„Energiepolitik aus Sicht der Städte am Beispiel Aarau“

-Max Chopard-Acklin, Nationalrat
„Die Energiestrategie des Bundes: die Schweiz braucht eine aktive Energiepolitik“

Moderiertes Podium, Fragen und Diskussion im Plenum

PAUSE

-Urs Hofmann, Regierungsrat und Landammann Aargau
„Aktuelle Informationen aus dem Departement Volkswirtschaft und Inneres“

Fragen und Diskussion im Plenum



GESUNDHEITSPOLITIK

KSA AG

Der magische Moment des ärztlichen Gesprächs



Jürg Knuchel von Aarau ist leitender Arzt am Kantonsspital Aarau und SP-Grossrat. Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Eine ältere, bisher gesunde Frau wird von ihrem Hausarzt wegen hohem Fieber und rascher Verschlechterung des Allgemeinzustandes auf die Notfallstation des zuständigen Regionalspitals überwiesen. Hier geht es zunächst darum, sich einen raschen Überblick über die Situation zu verschaffen, den bisherigen Krankheitsverlauf und allfällige Vorerkrankungen möglichst differenziert und realitätsgetreu zu erfassen und sich dadurch ein erstes Bild der möglicherweise vorliegenden Erkrankung zu verschaffen. Nur so sind eine optimale Erstbehandlung und eine effiziente Weiterabklärung möglich.

Dieses alltägliche Beispiel und meine langjährige Spitalerfahrung zeigen eines ganz deutlich: Der Kern des Arztberufes besteht aus Kommunikation. Es muss eine geeignete Gesprächsatmosphäre geschaffen werden, damit jeder Patient seine einzigartige Geschichte möglichst authentisch erzählen kann. Und diese Geschichte muss verstanden werden mit all ihren Zwischentönen und oft zwischen den Zeilen verborgenen Botschaften. Dieser magische Moment des ärztlichen Gesprächs ist zutiefst menschlich und erweist sich für die Qualität der weiteren Abklärung und Behandlung oft als wesentlich entscheidender und sehr viel kostengünstiger als alle technologischen Hilfsmittel.

Vor diesem Hintergrund wirkt die aktuelle Diskussion um das neue Medizinalberufegesetz und die Sprachkompetenz ausländischer Ärztinnen und Ärzte reichlich theoretisch. Ohne ausreichende Sprachkompetenz ist

eine verantwortungsbewusste, medizinisch erfolgreiche und kosteneffiziente ärztliche Tätigkeit gar nicht möglich. Diese liegt im Interesse von uns allen und muss deshalb im neuen Medizinalberufegesetz in geeigneter Form berücksichtigt werden.

Die höchste Sprachkompetenz bringen einheimische Fachkräfte mit. Und genau hier besteht sehr dringender Handlungsbedarf, steuern wir in der Schweiz auf Grund einer verfehlten Bildungspolitik mit unangemessenen Sparbemühungen und unverhältnismässigen Zulassungsbeschränkungen zum Medizinstudium doch seit Jahren auf einen gravierenden Mangel an Gesundheitspersonal zu. Die Zahl der Berufsabschlüsse liegt massiv unter dem Bedarf, so dass der Anteil an ausländischen Pflegefachkräften und Ärzten in vielen Bereichen die 50 Prozent-Marke längst überschritten hat.

Daraus ergibt sich ein zunehmend auch international geführter Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte. Es ist für unser Gesundheitswesen und damit für unsere medizinische Versorgung geradezu überlebensnotwendig, in diesem Wettbewerb durch attraktive Arbeitsplatzbedingungen bestehen und auch ausländische MitarbeiterInnen ansprechen zu können: mit einer angemessenen und konkurrenzfähigen Entlohnung und auch mit genügend Personalressourcen. Andernfalls ist mit einer zunehmenden Überhitzung und Erschöpfung, einem weiteren Attraktivitäts- und letztlich auch einem Qualitätsverlust zu rechnen – zum Nachteil von uns allen!

Gleichzeitig müssen wir unsere Investitionen in die Ausbildung massiv verstärken. Hier müssen wir Antworten auf die Herausforderungen und Gefahren der Zukunft suchen, nicht bei Leistungsabbau und unangemessenen Sparprogrammen!

KOMMENTAR



Energiewende in Aarau

Im März 2012 haben die Aarauer Stimmberechtigten den Gegenvorschlag zur Initiative des Vereins Esak angenommen. Die Gemeindeordnung verpflichtet die Stadt seither, erneuerbare Energiequellen zu fördern und den primärenergiebedingten Treibhausgasausstoss bis 2150 auf eine Tonne CO₂-Äquivalente pro Einwohner_in und Jahr zu senken. Zudem darf die städtische Energieversorgerin IBAarau ab 2035 keine Kernenergie mehr verkaufen.

Zwischenbilanz zwei Jahre nach der Abstimmung: Die IBAarau scheint den Auftrag der Bevölkerung verstanden zu haben und betrachtet den Ausbau der Erneuerbaren als Chance, sich im vielleicht bald gänzlich liberalisierten Strommarkt zu positionieren. Mit Beteiligungen an Energieproduktionsanlagen, Investitionen in eigene Photovoltaikanlagen sowie in Fernwärmeprojekte hat sie wirkungsvolle Schritte für eine nachhaltigere Energiezukunft eingeleitet.

Die Stadt selber legt erst jetzt einen Massnahmenplan für die Jahre 2016–2022 vor. Der Schwerpunkt liegt auf der energetischen Erneuerung der städtischen Liegenschaften sowie auf einem Förderprogramm, das Private animieren soll, die eigenen Gebäude zu sanieren. **Kosten des Massnahmenpakets, das der Einwohnerrat noch bewilligen muss: 6,1 Millionen Franken für 7 Jahre, zur Hälfte finanziert über einen Spezialfonds, der über einen Zuschlag auf der Netznutzung geöffnet wird. Die Energiewende wird die Aarauer_innen etwas kosten. Man darf aber nicht vergessen, dass mit diesen Investitionen langfristig Kosten gespart werden können!**

Gabriela Suter von Aarau ist SP-Einwohnerrätin und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau. Sie kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

KOMMENTAR



Dialog zwischen den Generationen

Im November letzten Jahres eine Einladung an die über 70 aargauischen 60+- Mitglieder, im Dezember ein erstes Zusammensitzen, im Februar eine Arbeitsgruppensitzung, und schon steht sie: eine kantonale Minimalstruktur für unsere 60+-Mitglieder. Wir gründen innerhalb der SP Aargau kein neues Organ, sind aber bestrebt, durch regelmässige Treffen und in enger Zusammenarbeit mit der Kantonalpartei die wichtige Beteiligung unserer älteren Genossinnen und Genossen am politischen Geschehen zu fördern. Eine erstmalige Zusammenkunft wird am 11. Mai stattfinden; geplant sind zwei pro Jahr.

Pensionierte sowie unsere älteren Mitglieder in der aktuellen Politik dabei zu behalten und ihr Wissen auch in der kantonalen Parteienarbeit zu nutzen, ist uns ein grosses Anliegen. Eine Förderung des Austausches und eine Aktivierung über Sachthemen stehen im Zentrum. Dabei soll eine Brücke geschlagen werden zwischen nationalen Themen – einzelne 60+-Mitglieder engagieren sich auch in Arbeitsgruppen der 60+ der SPS – und der aktuellen kantonalen Politik.

Ein Dialog zwischen den Generationen ist in den Vorbereitungstreffen als wichtiger Wunsch geäussert worden. «60+ Aargau» darf nicht isoliert von anderen Gremien laufen und sich «nur» auf Altersthemen konzentrieren. Daher sind wir gespannt und hoch erfreut über viele Inputs der neuen Gruppierung in unseren bestehenden Strukturen wie Parteitag und Parteirat.

Im Namen der Kantonalpartei danke ich allen herzlich, die sich engagieren für und innerhalb dieser neuen Gruppierung. Wir freuen uns auf spannende Debatten.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau. Die erste Zusammenkunft der aargauischen 60+- Mitglieder findet in Aarau am Montag, 11. Mai 2015, 18 Uhr statt. Eine Einladung folgt.

Nichts über uns ohne uns!



SEIT 2012 BESTEHT DIE SP60+ ALS ORGAN DER SP SCHWEIZ FÜR MITGLIEDER ÜBER 60 JAHRE. DIE HEUTE ÜBER 1200 MITGLIEDER BEFASSEN SICH MIT POLITISCHEN THEMEN AUS SICHT DER ÄLTEREN GENERATION. «60+ BESCHRÄNKT SICH», SO DIE STATUTEN, «DABEI NICHT AUF DIE WAHRNEHMUNG VON ALTERSSPEZIFISCHEN INTERESSEN, SIE IST AUCH SOLIDARISCH MIT JÜNGEREN GENERATIONEN». LINKS.AG WOLLTE VOM CO-PRÄSIDIUM VON SP60+ WISSEN, WARUM ES FÜR GENOSS_INNEN IM DRITTEN ALTER EINE EIGENE ORGANISATION BRAUCHT.

links.ag: Marianne de Mestral, Du hast Dich seit 2010 um die Schaffung einer Teilorganisation der SP für ältere Genoss_innen bemüht. Viele SP-Sektionen ringen mangels aktiven Mitgliedern ums Überleben. Ist es da sinnvoll, dass sich die Älteren separat organisieren?

Marianne de Mestral: Die Auswertung der Wahlen 2011 sprechen für sich. Das Bundesamt für Statistik hat festgestellt, dass die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren «... klar die elektorale Schwachstelle der SP darstellt. Von den über 75-Jährigen haben sich 69 Prozent an den Wahlen beteiligt; der Anteil der SP Wählenden beschränkte sich auf rund 10 Prozent. Auf rechtsbürgerlicher Seite hingegen nimmt sie eklatant zu» (demos Nr. 3/2012). SP60+ hat zum Ziel, bei älteren Genossinnen und Genossen das Interesse und das Engagement in der Partei zu erhalten und zu fördern. SP60+ ist eine altersspezifische Ergänzung und keine Konkurrenz innerhalb der Gesamtpartei.

Carlo Lepori, mit Jahrgang 1947 bist Du ein junger Alter. Zudem bist Du aktiver Tessiner Grossrat. Was interessiert Dich an SP60+?

Carlo Lepori: Ich höre von anderen Kantonen, dass dort der Druck der jungen Generation



Interview
Katharina Kerr

sehr stark ist und es für ältere Militante keinen Platz mehr gibt. Es ist sicher richtig, dass die Jungen ihre Erfahrungen früh in Partei- und politischen Ämtern machen können. Andererseits wäre es schade, die Erfahrung und das Wissen der 60+ zu verlieren. Bei uns im Tessin sind wir in einer anderen Lage. Die JUSO wurden gerade wieder gegründet und wir Älteren sind immer noch sehr gut vertreten in Partei und Politik. Aber auch bei uns gilt: Wir leben alle länger und von 20 bis 80 müssen wir die richtige Form für unser politisches Engagement finden. SP60+ ist für mich wie ein Labor, wo neue Formen erfunden und praktiziert werden können. Viele Genoss_innen sind schon seit fast ein Jahrzehnt an dieser Arbeit. Ich bin eher neu, aber der Erfolg von SP60+ zeigt, dass wie ich viele daran interessiert sind.

Was sind die Ziele von SP 60+ und welche Themen sind gerade aktuell?

SP60+ möchte auf nationaler Ebene als Or-



Herbstanlass 2014 in Fribourg.

gan der SP die Sicht der älteren Generation vertreten und neue Ideen zur Alterspolitik entwickeln. Wichtig ist die Tätigkeit auf kantonaler Ebene: Dort können die ehemaligen Aktiven ihren Einsatz mit SP60+ fortsetzen und gleichzeitig auf ihre Gleichaltrigen im Sinn der sozialdemokratischen Politik Einfluss nehmen. Sehr aktuelle Themen sind die Gestaltung des öffentlichen Raums und die Organisation des öffentlichen Verkehrs: Eine 60+-Arbeitsgruppe entwickelt gerade Ideen dazu.

In Eurer sehr kritischen und differenzierten Vernehmlassung zur Rentenreform setzt Ihr Euch für genügend hohe Renten und für eine Gesamtbetrachtung der Strukturen ein. Welche Wirkung hat die Arbeit von SP60+ auf die Politik? Hat SP60+ genügend Ressourcen, um bei den Medien präsent zu sein?

Am 20. April 2013 offiziell gegründet, ist SP60+ noch «jung». Das Organ ist noch im Aufbau. Das Echo auf Vernehmlassungen und Veröffentlichungen ist positiv, wie weit damit politische Entscheide beeinflusst werden, muss sich erst noch zeigen. Tatsächlich hapert es noch mit der Medienpräsenz. Mit dem Newsletter versuchen wir, neben den Mitgliedern auch eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Ideen für weitere Aktivitäten gibt es viele, aber die personellen und finanziellen Ressourcen sind knapp. In SP60+ steckt sehr viel ehrenamtliche Arbeit.

Welche Funktion hat der umfangreiche Vorstand von SP 60+? Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen SP 60+ und weiteren

altersspezifischen Organisationen wie Pro Senectute?

Der Vorstand besteht aus dem Präsidium, je zwei Delegierten pro Kantonalpartei, acht frei durch die Konferenz Gewählten und zwei delegierten Mitgliedern der SP-Bundeshausfraktion. Seit Bestehen von SP60+ haben ihre politischen Aktivitäten in verschiedenen Kantonen exponentiell zugenommen. Eine institutionelle Zusammenarbeit mit anderen Altersorganisationen besteht nicht, aber einige Vorstandsmitglieder sind in anderen Organisationen engagiert, so in der VASOS (Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfegruppen) oder im SSR (Schweizerischer Seniorenrat). Die SP Schweiz bindet uns im Wahlkampf in ihre Kampagne ein.

Mit dem aktuellen Abbaupaket der Aargauer Regierung wurde unter anderem eine Leistungskürzung bei den Ergänzungsleistungen (EL) auch mit den Stimmen der SP-Fraktion gutgeheissen. Was bedeutet das für EL-Berechtigte konkret? Wie verbreitet ist die Altersarmut und was ist gegen diese zu tun?

SP60+ hat sich klar gegen jede Reduktion der Ergänzungsleistungen ausgesprochen. So beim letzten Herbstanlass in Freiburg, wo eine Resolution »Ergänzungsleistungen gegen Altersarmut sind unverzichtbar – besonders auch bei den Pflegekosten« verabschiedet wurde (Text auf unserer Webseite). Auch am Parteitag in Martigny haben wir eine Änderung der Wahlplattform beantragt, damit die EL ausdrücklich erwähnt werden: Fast 200 000 Schweizer Senior_innen beziehen EL. Gemäss Hochrechnungen von Pro Senectute nimmt diese Zahl stetig zu: Jedes Jahr kommen 5000 zusätzliche Pensionäre dazu, deren Rente nicht existenzsichernd ist. Während die Zahl der Altersmillionäre stetig grösser wird, nimmt auch jene der armutsbetroffenen Rentner_innen zu.

Warum sollte man bei SP 60+ mitmachen?

Wir werden nicht nur älter, wir werden auch anders alt. Auch in der SP gibt es eine neue Gruppe von Menschen, die länger gesund und interessiert bleibt, die politisch aktiv sein und vor allem in Anliegen, die sie mitbetreffen, mitreden will. Nichts über uns ohne uns.

*Die Supervisorin und frühere SP-Gemeinderätin **Marianne de Mestral** von Männedorf ist Co-Präsidentin von SP60+.*

*Der Physiker und pensionierte Informatikdozent **Carlo Lepori** von Roveredo Capriasca war SP-Gemeinderat, ist Tessiner SP-Grossrat und Co-Präsident von SP60+.*

www.sp60plus.ch

KOMMENTAR



Diskussionen bewegen

An einem Parteitag kann man entweder nur entscheiden oder aber auch diskutieren. Wirklich etwas bewegen kann man nur mit Diskussionen. Eine lebendige Diskussion zeigt, dass wir eine basisdemokratische Bewegung sind. Eine Bewegung, die nicht einfach nur absegnet, sondern mitdenkt, diskutiert und kritisiert. Der Parteitag ist die wichtigste Plattform dafür. Er entscheidet, in welche Richtung sich unsere Partei politisch bewegt und bestimmt unsere Positionen. Und als öffentliche und gut besuchte Plattform wird er über die Parteigrenzen hinweg beachtet. Denn wir dürfen auch zeigen, dass wir eine Diskussion nicht scheuen. Ganz im Gegensatz zu vielen anderen Absegner-Parteien, in denen Diskussionen grundsätzlich unerwünscht sind.

Wenn niemand diskutieren will, ist das ein sicheres Zeichen dafür, dass wir uns nicht mehr bewegen. Und selbst wenn die Medien am nächsten Tag von einem «Streit innerhalb der Partei» schreiben, so wissen wir, dass es in Wirklichkeit viel mehr ist. Es ist ein Zeichen dafür, dass wir uns nicht scheuen, die eigenen Ideen und Positionen kritisch zu hinterfragen. Es bestärkt uns in unserer Meinungsbildung und in unseren Standpunkten. Ein bisschen Streiten ist gesund! Deshalb der Aufruf, liebe Genossinnen und Genossen: Diskutiert mit, stellt Anträge, wo ihr anderer Meinung seid und lassen wir die SP weiterhin die lebendigste Partei sein!

Sascha Antenen von Zofingen ist SP-Einwohnerat und Präsident JUSO Aargau.

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Pascale Bruderer Wyss, Elisabeth Burgener Brogli, Marcos Buser, Max Chopard-Acklin, Kurt Emmenegger, Viviane Hösli, David Hunziker, Katharina Kerr, Jürg Knuchel, Carlo Lepori, Marianne de Mestral, Herbert Mösch, Marie-Louise Nussbaumer Marty, Gabriela Suter, Cédric Wermuth.



BÜRGERLICHE AARGAUER FINANZPOLITIK

Zauberlehrling Brogli und seine Geister

WENN SICH DER GROSSE RAT ÜBERHAUPT NOCH TRIFFT, BESCHLIESST ER MIT SCHÖNER REGELMÄSSIGKEIT, DEM KANTON EINNAHMEN ZU ENTZIEHEN, UM IN DER FOLGE ZU KLÖNEN UND ZU STÖHNEN, DER KANTON HABE EIN AUSGABEN-, ABER SICHER KEIN EINNAHMENPROBLEM, UND EINE SPARVORLAGE SEI UNUMGÄNGLICH.



Marie-Louise Nussbaumer
Marty von Nussbaumen
ist Co-Präsidentin der
SP-Grossratsfraktion

Neustes Beispiel aus der ersten und einzigen Sitzung des laufenden Jahres: Mit 65 gegen 60 Stimmen hat sich die bürgerliche Allianz von SVP, FDP und einigen CVP-lern entschieden, auf Grundbuchgeschäfte künftig keine Steuern mehr zu erheben und dafür nur noch eine kostendeckende Gebühr zu verlangen. Konsequenz: Der Aargau, der in diesem Bereich schon bisher einen der günstigsten Tarife hatte, verzichtet auf jährlich wiederkehrende Steuereinnahmen von 36 Millionen Franken. «Einschenken» wird dies sicher nicht bei den «gewöhnlichen» Leuten, die höchstens einmal im Leben ein Einfamilienhaus oder eine Eigentumswohnung kaufen! Unser Regierungsrat Urs Hofmann hat sich zwar vehement, aber letztlich erfolglos gewehrt: Der Einnahmefall sei für den Kanton nicht verkraftbar, er hätte eine Steuererhöhung an einem andern Ort oder grossen zusätzlichen Spardruck zur Folge.

Eigentlich hätte der Finanzdirektor diese Vorlage vertreten müssen: Jahrelang und wider besseres Wissen hat er behauptet, dass der Kanton Steuerentlastungen für hohe Einkommen und für juristische Personen gut stemmen könne. Seine Steuergeschenke treten in Kraft, wenn sein Abbaupaket bei der Bildung und bei den Sozialausgaben zuschlägt. Zu lange hat er darauf vertraut,

dass das Sparkässeli namens «Ausgleichsreserve» und die Ausschüttungen der Nationalbank es richten. Jetzt plötzlich macht er kehrt und vertraut darauf, dass der Grosse Rat die «veränderte Ausgangslage» (AZ 14.2.2014) erkenne und bei der Grundbuchsteuer nochmals über die Bücher gehe.

Mit Verlaub, Herr Brogli, das ist naiv! Sie sind den neoliberalen Deregulierern auf den Leim gekrochen. Oder sehen Sie deren Abbau-Spirale wirklich nicht? Ein einigermaßen ausgeglichener Staatshaushalt hat eine Steuersenkung zur Folge, diese ein Defizit und dann ein Sparpaket, und wenn der Haushalt wieder ausgeglichen ist, eine weitere Steuersenkung. Das Ganze ist eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, die Sie mit vorangetrieben haben. Wir sind gespannt, wie Sie den «Rank» finden und mit welchen Argumenten Sie die jetzt plötzlich ganz verschämt angetönte nötige Steuererhöhung in Ihrem Parlament durchbringen wollen. Wir hören Sie schon: «*Herr, die Not ist gross! Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los.*» (Der Zauberlehrling. J. W. von Goethe).

Zur anstehenden Referendumsabstimmung vom 8.3.2015
siehe www.aargaueralle.ch

18. caféCantonal

SAMSTAG, 7. MÄRZ 2015
10.00 BIS 12.00 UHR
HOTEL-RESTAURANT
SCHÜTZEN
(BAHNHOFSTRASSE 19)
RHEINFELDEN
MENU
TOUR D'HORIZON
DURCH DIE AARGAUER POLITIK
SERVIERT VON
LANDAMMANN URS HOFMANN
DESSERT: FRAGEN DER BEVÖLKERUNG

Alle sind zum 18. CaféCantonal und zum anschließenden Apéro eingeladen.

AGENDA

- 7. März 2015, **18. caféCantonal von Landammann Urs Hofmann**, 10–12 Uhr, Restaurant Schützen, Rheinfelden
- 7. März 2015, **Gleichstellungsdemo auf dem Bundesplatz in Bern**, Treffpunkt Schützenmatte, 13.30 Uhr
- 10. März 2015, **Parteirat**, 19 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau
- 11. März 2015, **800. Mahnwache zum vierten Jahrestag von Fukushima vor dem ENSI**, 16–18 Uhr, ENSI/Campusplatz FHNW. Treffpunkt Bahnhof Brugg, Südseite.
- 17. März 2015, **Ao. Parteitag der SP Aargau**, 19.30–21 Uhr, Spittelhof, Zofingen
- 24. März, 14. April 2015, **Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau**, 18 Uhr, Volkshaus Aarau, Bachstr. 43
- 25. März 2015, **25. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin**, 19.30–21 Uhr, Restaurant Hirschen, Kirchdorf. Gast: Ständerätin Pascale Bruderer Wyss.
- 28. März 2015, **Kommunaltagung der SP Aargau zum Thema Energiestrategie**, 10–13 Uhr, Grossratsgebäude Aarau

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43,
Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag 3255
Redaktion: Katharina Kerr
katkerr@katkerr.ch
Erscheinen nächste Ausgabe:
16. April 2015

25. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Mittwoch 25. März 2015
19.30 bis 21.00 Uhr
Restaurant Hirschen
5416 Kirchdorf AG
Bericht von der Frühlingssession
Gast: Ständerätin
Pascale Bruderer Wyss
mit offerierter Suppe
Es lädt ein:
SP Obersiggenthal

PAROLEN für die Abstimmungen vom 8. März

Eidgenössische Vorlagen:

- Volksinitiative vom 5. November 2012 «**Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen**»: **Nein**
- Volksinitiative vom 17. Dezember 2012 «**Energie- statt Mehrwertsteuer**»: **Nein**

Kantonale Vorlagen:

- Gesetz über die **Umsetzung der Leistungsanalyse** vom 25. November 2014: **Nein**
- Aargauische Volksinitiative «**zum Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt vor privaten Feuerwerken**» vom 30. Oktober 2012: **Stimmfreigabe**